



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Bundesverbandes Sexuelle Dienstleistungen e. V.**

### **1. Haben Ihre Parteien eine grundsätzliche Haltung zur Prostitution?**

**JA** Wir befürworten Prostitution, weil...

**NEIN** Wir lehnen Prostitution ab, weil...

### **2. Wenn Sie Prostitution ablehnen, wie begründen Sie die damit einhergehenden Einschränkung der Grundrechte (Art. 1 + 2 + 3 GG, Art 12 GG, Art. 13 GG, Art. 19 GG) für Sexarbeiter\*innen und Bordellbetreiber\*innen?**

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet:

#### **Antwort:**

Zu der Frage nach unserer grundsätzlichen Haltung zur Prostitution lässt sich sagen, dass CDU und CSU eine Lösung zwischen Verbot und Status-Quo suchen. Unser Anliegen ist es, die Menschenwürde immer und überall zu verteidigen und zu schützen. Jenseits einer ethisch-moralischen Bewertung von Prostitution stellen wir fest, dass es nach wie vor trotz klarer Verbote Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel gibt. Dieser Zustand ist für uns inakzeptabel. Die Situation der Betroffenen, insbesondere junger Frauen, fordert uns zum Handeln auf.

CDU und CSU verfolgen einen differenzierten Ansatz, um dem Schutzauftrag des Staates für die Schwächsten und der Gewährleistung der Berufsfreiheit gleichermaßen gerecht zu werden. Dazu setzen wir auf verstärkten Schutz junger und vulnerabler Personen durch Restriktionen, Verbote und gezielte Kontrollen und Strafen für Freier. Erwachsene Frauen und Männer, die sich für die Arbeit in der Prostitution frei entscheiden und sich dabei an die geltenden Vorschriften halten, sollen sie auch weiterhin ausüben können.

### **3. Wenn Sie Prostitution akzeptieren, wie stehen Sie zu der Diskriminierung von Sexarbeiter\*innen, Bordellbetreiber\*innen und Kunden (z. B. regelmäßige gesundheitliche Beratungs- und Anmeldepflicht, höhere Auflagen für Bordellbetreiber\*innen, Beweislastumkehrung für Kunden: § 232 a Abs. 6 StGB)?**

#### **Antwort:**

Seit dem Prostitutionsgesetz von Rot-Grün aus dem Jahr 2002 ist Prostitution in Deutschland nicht mehr sittenwidrig. Für Freier aus vielen Regionen Europas wurde

Deutschland zum Magneten. Die dramatischen Veränderungen mit einer zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Betroffenen haben uns als CDU und CSU veranlasst, die legale Prostitution zu regulieren. Zu diesen Maßnahmen gehören eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsgewerbe, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften für Bordelle und die Überprüfung von Personen, die ein Prostitutionsgewerbe betreiben wollen. Darüber hinaus wurde mit dem Prostituiertenschutzgesetz eine Anmeldepflicht für Prostituierte eingeführt. Zu der Anmeldung gehört eine Beratung über Hilfsangebote, Rechte und Pflichten. Zusätzlich wurde eine verpflichtende Gesundheitsberatung beschlossen. Prostituierte müssen bis zu ihrem 21. Lebensjahr die Gesundheitsberatung alle sechs Monate aufsuchen, danach jährlich. Die persönliche Anmeldung und die medizinische Beratung dienen dem Schutz der Prostituierten, die so die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme außerhalb des Milieus erhalten.

#### **4. Verfolgt Ihre Parteien in der kommenden Legislaturperiode bestimmte Aktivitäten zum Bereich Prostitution (z. B. Gesetzgebungsverfahren)?**

##### **Antwort:**

CDU und CSU wollen über die gute und wichtige Reform von 2016 hinausgehen und einen noch wirksameren Schutz für Prostituierte erreichen. Für die kommende Legislaturperiode haben wir uns deshalb klare Ziele gesteckt:

- Wir wollen Prostitution von Schwangeren sowie Heranwachsenden unter 21 Jahren verbieten – mit einer entsprechenden Bestrafung der Freier.
- Wir wollen darauf hinwirken, dass der Straßenstrich aufgrund der dort oft besonders menschenunwürdigen Bedingungen stärker reguliert wird.
- Wir werden die Bund-Länder-Zusammenarbeit verbessern, damit das Prostituiertenschutzgesetz effektiver durchgesetzt werden kann. Wir wollen eine deutlich schärfere Kontrolle des Prostitutionsgewerbes und intensivere Ermittlungen beim Menschenhandel.
- Die Evaluierung des Prostitutionschutzgesetzes wollen wir vorziehen. Wer Prostituierte ausbeutet oder sich der Zuhälterei schuldig macht, soll härter bestraft werden können. Den Ausstieg aus der Prostitution wollen wir stärker unterstützen.

## **5. Pflegen Sie Kontakte/einen Austausch mit den Akteuren der Prostitution?**

### **Antwort:**

In den zuständigen Ausschüssen werden bei den Beratungen regelmäßig die entsprechenden Berufsverbände, wie auch weitere Akteure der Prostitution angehört.